

Bericht aus Athen

Für Eilige, in vier Punkten:

- Die soziale Situation ist katastrophal, laut AktivistInnen & Attac Hellas steht eine humanitäre Krise unmittelbar bevor
- Das letzte „Sparpaket“/Memorandum bezieht sich nicht mehr hauptsächlich auf die Senkung der Staatsausgaben sondern auf den grundlegenden Umbau des Wirtschaftssystems: Deregulierung, Privatisierung, Mindestlohnsenkungen und Sozialabbau.
- Es gab eine grundsätzliche Entscheidung nach diesem Treffen weiter zu machen, angedacht sind Veranstaltungen (Konferenz und/oder Mobilisierung) Ende Juni oder im September
- Mein Input für unsere Griechenland Forderungen: sofortiger Stopp der Sparpakete und unmittelbare humanitäre Hilfe, Wiederherstellung der griechischen Demokratie und sofortige Wahlen, Entscheidung der griechischen Bevölkerung über Schuldenschnitt & Euro

Für die Ausführlichen aus politischer, ökonomischer, Bewegungs- und bauchiger Sicht.

Allgemeines zum Besuch

Die Solidaritäts-Delegation bestand aus etwas über 20 Leuten. Aus Frankreich waren dabei Leute von: Attac, AITEC, der Gewerkschaft, der Debt Audit Kampagne (CADTM), von Focus on the global south, transform! und eine Journalistin. Von deutscher Seite: Attacis sowie eine Kollegin von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aus dem Baskenland und Belgien waren GewerkschafterInnen mit dabei, aus Italien ein Vertreter des Sozialzentren-Netzwerks, ein britischer Journalist und ich. Von griechischer Seite wurde unser Programm von VertreterInnen der griechischen Partei Synaspismos (Wahlbündnis Syriza) organisiert und begleitet. Die Programmpunkte waren zum Großteil spannend, die Organisation hat aber leider zum Teil überhaupt nicht funktioniert: stundenlanges Herumstehen, häufige Planänderungen und Überschneidungen. Aber am Ende hat alles soweit geklappt :)

Zur sozialen Situation

Meinem Eindruck nach hat sich die Situation in Athen seit ich im Jänner dort war erneut deutlich verschärft. Die Atmosphäre in den Straße ist gedämpfter, das öffentliche Leben weniger. Bereits im Jänner war das Straßenbild von den vielen geschlossenen Läden geprägt – jetzt habe ich erst nachfragen müssen ob nicht vielleicht doch gestreikt wird und deswegen alles zu ist. Inzwischen tauchen die Berichte zur sozialen Situation ja auch in unseren Medien auf, daher hier nur nochmal ein paar kurze Zahlen. Inzwischen sind laut griechischer AktivistInnen 300.000 Menschen von Suppenküchen abhängig, die Zahl der Obdachlosen in Athen ist auf 25.000 angewachsen – so viele wie in ganz Deutschland. Für deren Versorgung hat während der Kältewelle ÄrztInnen ohne Grenzen gesorgt (!). Die Jugendarbeitslosigkeit liegt über 50% nach offiziellen Zahlen und nachdem sicher schon (zehn-)tausende ausgewandert sind. Die Kriminalität ist massiv gestiegen (AktivistInnen gehen von geschönten Statistiken aus).

Die AktivistInnen fast aller sozialen Bewegungen nehmen an, dass eine breite humanitäre Krise in Athen unmittelbar bevorsteht. Es wurde allen Ernstes diskutiert, ob damit noch im März, oder erst im April zu rechnen ist. (!!!) Bilder von „Nachbar in Not“ und „Care“-Paketen im Schlepptau der Troika drängen sich auf. Mir war der Ernst der Situation schon lange klar, aber das Ausmaß hat mich erneut getroffen.

Zum letzten „Spar“paket

Hintergrund: Dieses Sparpaket und die Entscheidung über den teilweisen Schuldenschnitt durch die Privaten sind Voraussetzung dafür, dass die nächste Tranche des Rettungspakets (im Orwell'schen Sinn) Anfang März ausbezahlt wird. Zeitdruck bestand insofern, als Griechenland Ende März fällige Anleihen zu begleichen hat. Das interessante am aktuellen Memorandum ist, dass viele der Maßnahmen auch von den kreativsten Köpfen mit der Senkung des Defizits in Verbindung gesetzt werden können, weil sie sich nämlich nicht auf

Staatsausgaben beziehen. Es handelt sich stattdessen um Maßnahmen zum grundlegenden Umbau der griechischen Wirtschaft in Richtung Deregulierung, Sozialabbau und Nachtwächterstaat. Einige der zentralen Aspekte des letzten sogenannten Sparpakets waren bei uns bereits zu lesen, auf Grund ihres unglaublichen Ausmaßes hier aber nochmal ein paar Infos zu den größten Einschnitten. (Anm.: zu den folgenden Zahlen findet man unterschiedliche, aber sehr ähnliche Angaben, meine Auswahl ohne Gewähr)

- Senkung des allgemeinen Mindestlohns: um 22% von 751€ auf 586€ brutto, davon bleiben nach Abzug regulärer SV-Abgaben netto circa 450€ (exkl. diverse Solidaritätssteuern).
- Senkung des Mindestlohns für ArbeitnehmerInnen unter 25 um insgesamt 32% auf 510€ brutto, circa 395€ netto (!).
- Einfrieren der Löhne im Privatsektor für die nächsten Jahre
- Abschaffung der Branchen-Kollektivverträge
- Senkung des Arbeitslosengeldes: dieses ist an den Mindestlohn gekoppelt und sinkt ebenfalls um 22%, das Minimum sinkt damit von von 374€ auf 270€ pro Monat für maximal sechs Monate. (Danach gibt keine weiteren Transferleistungen, zB Sozialhilfe)
- Massive Aufweichungen im Arbeitsrecht (das eh schon nicht mehr eingehalten wird)
- weitere Entlassung von 15.000 öffentlich Beschäftigten (zusätzlich zu den Kürzungen 2011)
- Privatisierung der Wasserversorgung von Athen und Thessaloniki
- Weitere, rückwirkende, Kürzung der Pensionen
- Abschaffung des öffentlichen Wohnbaus (Schließung der beiden, über SV-Beiträge finanzierten Körperschaften zum sozialen Wohnbau)
- breite aber noch undefinierte Kürzungen quer durch alle anderen Ressorts inkl. Gesundheit, Bildung uvm. ...

Ökonomische Situation

Die ökonomische Situation ist wie wir bereits wissen völlig aussichtslos. Handfeste Zahlen sind schwer zu bekommen, aber ich habe u.a. gehört, dass seit Krisenbeginn die Hälfte der an der Börse notierten griechischen Unternehmen in Ausgleich oder Bankrott gegangen sind. 2011 spricht man von mindestens 30.000 Unternehmensschließungen (andere Zahlen sehen 60.000 allein im 2. Halbjahr). Die Staatseinnahmen sind 2011 um 18% eingebrochen.

Viele (große) Unternehmen beschäftigen ihre MitarbeiterInnen inzwischen ohnehin schon unter Mindestlohn, oder bezahlen sie seit Monaten gar nicht mehr. Zum Teil findet die Umstellung auf Verträge ohne Sozialversicherung unter unter Mindestlohn statt (was natürlich illegal ist) und im Gegenzug wird Kündigungsschutz versprochen, den die Betroffenen nicht einklagen können.

Zur Stimmung im Land

Meiner Einschätzung hat ist die Stimmung im letzten Monat, im Zuge des Memorandums, erneut verschlechtert. Ich nehme statt Hoffnungslosigkeit immer mehr eine Aura der Depression in den Straßen der Stadt wahr. Die AktivistInnen linker Parteien und sozialer Bewegungen fordern zu großen Teilen den Austritt aus dem Euro, mir scheint, der Euro ist inzwischen das Symbol für alles was in Europa falsch läuft, alles wogegen sie sind. In weiten Teilen der Gesellschaft herrscht die Illusion, dass mit der Rückkehr zu Drachme aller leichter wäre. Es existiert ebenfalls die Angst vor dem Erstarken der NationalistInnen, die aber wie es scheint bisher die Situation noch nicht zu ihren Gunsten nutzen konnten (im Moment kommen sie in Umfragen auf 3%). Es ist schwer einzuschätzen, wie stark die antieuropäische Stimmung und Deutschlandfeindlichkeit inzwischen in der Bevölkerung vertreten sind, insbesondere ob das nur oberflächlich passiert, oder ob es tiefer geht.

In einer Hinsicht sind sich fast alle AktivistInnen die ich getroffen habe einig: Griechenland ist das Labor für das „neue Europa“ auf das die konservativen Eliten hinarbeiten- Es ist das Zentrum der aktuellen europäischen Kämpfe, aber es ist erst der Anfang.

Politik und die Linke

Ich bin keine Expertin für das griechische Parteiensystem, aber es macht glaube ich Sinn einige meiner Eindrücke zu schildern. De facto ist Griechenland inzwischen keine Demokratie mehr, die Regierung ist nicht durch Wahlen legitimiert und die grundsätzlichen Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen. Die Regierung setzt die Maßnahmen gegen den enormen Widerstand, auf Kosten und gegen die Interesse der Bevölkerung durch, die diese Politik mit enormer Mehrheit ablehnt. Nachdem im November keine Wahlen stattfanden sind diese nun für April geplant, es gibt aber wenig Zuversicht dass sie wirklich stattfinden. Der Druck von europäischer Seite zur Aufschiebung der Wahlen ist sehr groß, „um Reformen nicht zu gefährden“. Im Moment sieht es so aus, als könnten die linken Parlamentsparteien bei kommenden Wahlen große Erfolge einfahren, Umfragen prognostizieren 40%. Die Situation der Linken hier macht es aber wenig wahrscheinlich, dass damit eine politische Wende einhergeht.

Links von der PASOK (der sozialistischen Partei die bis 2011 den Premier Papandreou gestellt hat) gibt es im Wesentlichen drei linke parlamentarische Fraktionen: die kommunistische KKE, das Linksbündnis Syriza und die Demokratische Linke. Von der streng ideologisch KKE wird gesagt, dass sie einen sehr eingefahren, bewegungs- und europafeindlichen Kurs vertritt, das gesamte restliche linke Spektrum erklärt sie für nichts bündnisfähig und -willig (hier gab es sogar schlechte Erfahrungen während der Syntagma Besetzung). Syriza ist eine radikale Allianz aus der Partei Synaspimos (die unser Programm organisierte) und einigen Kleinparteien. Syriza ist die breiteste und offenste der linken Parteien und grundsätzlich bündnisbereit, Umfragen prognostizieren ihnen 10-15%. Die demokratische Linke (dim.ar) ging aus einer Abspaltung aus Syriza hervor und steht inzwischen der PASOK nahe. Ihnen werden große Erfolge für die Wahlen prophezeit. Die Partei steht zwar dem Memorandum und der Austeritätspolitik kritisch gegenüber, ist aber bereit innerhalb des aktuellen politischen und europäischen Rahmens und der Memoranden zu arbeiten. Die Partei tritt das erste Mal bei Wahlen an und ist zur Zeit sehr populär, Umfragen prophezeien ihr 18% da sie vor allem enttäuschte PASOK-WählerInnen anzieht.

(Im unteren Teil dieses Artikels bieten die Nachdenkseiten einige Infos zum Linken Parteienspektrum die ungefähr dem entsprechen, was ich bisher erfahren habe: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=12355>)

Selbst wenn im April Wahlen stattfinden ist nicht klar, wie es danach weitergeht. Das griechische Wahlrecht bevorzugt die stärkste Partei, die wahrscheinlich die konservative ND (Neue Demokratie) sein wird. Selbst bei einer linken Mehrheit ist ein Linksbündnis unwahrscheinlich, besonders die Einbindung der KKE erscheint unmöglich. Interessanter Weise hoffen einige AktivistInnen darauf, dass nach den Wahlen keine Regierung zustande kommt und Neuwahlen stattfinden müssen. In so einer Situation halten sie ein Linksbündnis für möglich.

Die Situation der parlamentarischen Linken ist also recht festgefahren, im außerparlamentarischen Bereich ist die Situation ähnlich, die Gruppen und Bewegungen sind sehr zersplittert und es existieren noch wenig Bündnisse. Ein interessanter Aspekt betrifft die Gewerkschaften: diese sind ebenfalls tief gespalten und viel weniger stark als es aus der Distanz den Eindruck hat (so nehmen beispielsweise nur wenige Menschen an den Generalstreiks teil). Es existieren zwei große Gewerkschaftsverbände, der der privaten und der der öffentlichen Angestellten. Während die Gewerkschaft im öffentlichen Sektor relativ gut aufgestellt ist sind nur sehr wenige Privatangestellte überhaupt gewerkschaftlich organisiert. Bei den Gewerkschaftsfunktionären (!) sind alle Parteien vertreten, so dass diese oft keine klare Position vertreten. Insgesamt hatten wir den Eindruck, dass ihre Kritik schwach und auf die Arbeitsverhältnisse begrenzt ist, und sie den sozialen Bewegungen gegenüber recht feindlich eingestellt sind.

Die Indignados u.a. AktivistInnen erwarten wenig von den Gewerkschaften. Gerade die Indignados, Überbleibsel aus der Besetzung des Syntagma-Platzes letzten Sommer, sind bei der Bevölkerung beliebt und angesehen, sie haben aber Schwierigkeiten durchgehende Aktivitäten und Präsenz aufrechtzuerhalten.

Wie geht es weiter?

Am Ende des Besuches sind zwei, leider wenig konkrete, Pläne für die Zukunft entstanden.

1. Organisation einer „umgekehrten Delegation“, d.h. wir laden griechische AktivistInnen aus unterschiedlichen Bereichen für Besuche und

Veranstaltungen in unsere jeweiligen Länder ein. Steffen Stiehrle von Attac Deutschland koordiniert eine zukünftige Arbeitsgruppe, es gibt von ihm den Wunsch das Attac-übergreifend zu machen. Wir sollen uns da auf jeden Fall beteiligen denke ich, es wäre spannend hier entsprechende Veranstaltungen zu organisieren.

2. Event im Juni oder September:

Hier ist die Idee eine größere Veranstaltung mit europäischer Beteiligung (was ist noch ungeklärt, Konferenz und oder Mobilisierung) in Athen abzuhalten. Thema und Rahmen sollen von der griechischen Bewegung ausgehen. Sehr positiv daran ist, dass eine solche Veranstaltung die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen und Bewegungen beleben würde (seit vielen Jahren funktioniert das eher schlecht). Beim Planungstreffen gab es dafür von Seiten der GriechInnen eindeutig Bereitschaft. Problematisch an diesem Plan ist die Terminfrage: Es ist schwierig im Juni ein weiteres europäisches Event durchzuziehen, Attac Hellas spricht sich aber klar gegen September aus. Ihre Position: „Wenn bis September nichts passiert ist dann haben wir zu der Zeit ganz andere Probleme – Riots, Krieg, etc.“ Attac Hellas wünscht sich frühere Veranstaltungen, zB im März.

Insgesamt gibt es noch keine Einigung auf einen Termin und, soweit mir bewusst, ist auch keine weitere Vorgehensweise vereinbart worden. (zT auf Grund organisatorischer Probleme).

Meine Schlussfolgerungen für unsere Forderungen für Griechenland:

Meines Erachtens nach ist die Frage nach dem Austritt aus dem Euro die falsche Frage – auch wenn sie in Griechenland viel diskutiert wird. Die Ablehnung des Euro repräsentiert für mich die Ablehnung gegen die neoliberale Politik und die Austerität, nicht gegen die Idee von „Europa“.

Weil sich für uns ja oft die Frage nach „Lösungen“ für Griechenland stellt, ein paar Gedanken – meine Position dazu hat sich in letzter Zeit etwas relativiert. Forderungen aus meiner Sicht sein;

1. sofortiger Stopp der Sparpakete und unmittelbare humanitäre Hilfe für Griechenland
2. sofortige Wiederherstellung der griechischen Demokratie und sofortige Wahlen, Entscheidung der griechischen Bevölkerung selbst (unter großer Einbeziehung) über Schuldenschnitt & Euro
3. mittelfristig: europäisches Investitionsprogramm (läuft in der griechischen Linken zZt. unter „Marshallplan“) zum Wiederaufbau und zur Umstrukturierung der griechischen Wirtschaft
4. mittelfristig: unsere EU und wirtschaftspolitischen Reformen, Neuorganisation der Staatenfinanzierung, FM-Regulierung, etc.